



HESSISCHER LANDTAG

14. 07. 2016

Plenum

Dringlicher Antrag

der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

betreffend rechtssichere und tragfähige Lösung für den Ausgleich von Ökologie und Ökonomie am Kalistandort in Nord- und Osthessen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag unterstreicht erneut die wirtschaftliche Bedeutung des Bergbaus in Nord- und Osthessen und des Unternehmens Kali und Salz. Der Kalibergbau bietet vielen Tausend Menschen hoch qualifizierte Arbeitsplätze und trägt wesentlich zur Wertschöpfung in der Region bei. Dies im Einklang mit dem Schutz des Wassers und der Umwelt zu erhalten, hat für den Landtag höchste Priorität. Ziel des Landtags bleibt daher die langfristige Sicherung des Standortes und der Arbeitsplätze im Einklang und im Ausgleich mit den Belangen des Umwelt- und Gewässerschutzes.
2. Der Landtag begrüßt, dass die Genehmigungsbehörde im Dialog mit dem Unternehmen eine rechtssichere Übergangslösung bis zur endgültigen Entscheidung über den Versenkungsantrag erteilt hat, die die Belange des Unternehmens und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die umweltrechtlichen Grundlagen zum Schutz des Wassers in vollem Umfang berücksichtigt. Ihm ist bewusst, dass diese Übergangslösung keine dauerhafte Rechtsicherheit schaffen und zudem zu Einschränkungen in der Produktion des Unternehmens führen kann. Umso mehr ist dem Landtag an einer langfristig tragfähigen Lösung gelegen, die die Belange des Unternehmens und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die umweltrechtlichen Grundlagen zum Schutz des Wassers im Blick haben muss.
3. Der Landtag steht weiterhin zum auf Basis des erweiterten Vier-Phasen-Plans erstellten Bewirtschaftungsplan Salz der Flussgebietsgemeinschaft Werra/Weser. Er sieht darin weiterhin ein tragfähiges und realistisches Gesamtkonzept zur langfristigen Lösung der Salzabwasserproblematik im nord- und osthessischen Kalirevier. Die rechtssichere Umsetzung dieser Vereinbarung ist weiterhin anzustreben. Dazu gehört auch die Entscheidung der Genehmigungsbehörde über eine letztmalige befristete Versenkerlaubnis, die selbstverständlich im Rahmen der geltenden Rechtsvorschriften zu treffen ist.
4. Er betont, dass alle Anstrengungen für einen Ausgleich zwischen einer langfristigen Sicherung des Standortes und den Belangen des Umwelt- und Gewässerschutzes in enger Zusammenarbeit der Landesregierung und dem Unternehmen K + S unternommen werden. Er bittet die Landesregierung, dieses Ziel weiterzuverfolgen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 14. Juli 2016

Für die Fraktion
der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Boddenberg

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Wagner (Taunus)